

Nur noch eine Galgenfrist für Studiengebühren

HOCHSCHULEN Das Volksbegehren nimmt die entscheidende Hürde. Damit erzwingen die Gebührengegner einen Volksentscheid.

MÜNCHEN. Die Studiengebühren in Bayern stehen vor dem Aus. Nach dem deutlichen Erfolg des Volksbegehrens wird es im Sommer oder Herbst einen Volksentscheid geben. Umfragen zufolge sind bis zu drei Viertel aller Bayern für die Abschaffung. Und bis auf die FDP sind auch alle Parteien gegen die Gebühren. An dem zweiwöchigen Volksbegehren beteiligten sich nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis 14,4 Prozent aller bayerischen Wahlberechtigten, nämlich mehr als 1,35 Millionen Menschen. Damit wurde die entscheidende Zehn-Prozent-Hürde deutlich übersprungen. Die Opposition feierte das Ergebnis als Anfang vom Ende von Schwarz-Gelb.

Der Landtag könnte die Studiengebühren nun auch von sich aus abschaffen. Doch das ist unwahrscheinlich. Zwar will neben der Opposition inzwischen auch die CSU die Abschaffung. Der kleine Koalitionspartner FDP lehnt das allerdings weiterhin strikt ab. Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) sagte gestern: „Die Studiengebühren werden abgeschafft – durch den Landtag oder durch das Volk.“ Indirekt erhöhte er dabei den Druck auf den Regierungspartner FDP: Das klare Votum der Bevölkerung sei nun Anlass, nochmals in der Koalition zu beraten. „Ich bin zuversichtlich, dass wir zu einem Ergebnis kommen, das dem Wunsch der Bevölkerung Rechnung trägt.“ Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch bekräftigte gestern aber die Position der FDP, es nun auf den Volksentscheid ankommen zu lassen.

Der Initiator des Volksbegehrens, Michael Piazzolo (Freie Wähler), jubelte über das Ergebnis: „Ich bin begeistert von der hohen Beteiligung.“ Angesichts des deutlichen Triumphs rief er die CSU nun auf, nicht mehr zu taktieren, sondern die Gebühren nun rasch abzuschaffen. Franziska Traube, Sprecherin der Landes-ASten-Konferenz (LAK) Bayern, sagte: „Das so eindeutig ausgefallene Ergebnis zeigt umso mehr, dass soziale Gerechtigkeit die gesamte Bevölkerung bewegt, denn Studiengebühren führen im Bildungssystem zur Auslese.“

Die Regensburger Grünen-Landtagsabgeordnete Maria Scharfenberg zeigte sich von der überdurchschnittlichen Beteiligung der Oberpfälzer angetan: „Ich freue mich, dass gerade in den ländlichen Regionen überdurchschnittliche Werte erreicht wurden, was wohl darauf zurückzuführen ist, dass die Menschen dort noch besser beurteilen können, dass 500 Euro viel Geld ist.“ In diesem Sommersemester müssen die Studenten in Bayern die Gebühren von 500 Euro pro Semester in jedem Fall noch zahlen. Außer im Freistaat werden derzeit nur noch in Niedersachsen Gebühren verlangt. Die künftige rot-grüne Landesregierung in Hannover will diese aber auch streichen. (dpa/kn) ➤ SEITE 3

AKTUELL IM NETZ

Mehr zum Thema!



Weitere Informationen zum Thema finden Sie bei uns im Internet:

➤ www.mittelbayerische.de